
Bedeutung und Mängel des jugoslawischen Wirtschaftssystems

Ota Šik

Das jugoslawische Wirtschaftssystem kann nicht ungeachtet bestimmter grundlegender Diskussionen und Differenzen innerhalb der ganzen bisherigen Sozialismustheorie betrachtet werden. Die Begründer des jugoslawischen Wirtschaftssystems, neben J. Tito vor allem E. Kardelj, B. Kidric u. a., haben nicht nur einen pragmatischen Ausweg aus der schwierigen Wirtschaftssituation gesucht, welche der politische Bruch mit Stalin und die darauf folgende Einstellung aller Warenlieferungen und technischer Hilfeleistungen der sozialistischen Staaten an Jugoslawien und eine vollständige Wirtschaftsblockade hervorgerufen hat. Sie waren auch stark von bestimmten Sozialismustheorien beeinflusst, die in den 20er und Anfang der 30er Jahre in der Sowjetunion eine andere Sozialismusedwicklung anstrebten als jene, die dann von Stalin durchgesetzt wurde. Im Grunde gab es damals in der Sowjetunion zwei gegensätzliche Ideenentwicklungen, von welchen eine die jugoslawischen Denker stark beeinflusst hat.

Die eine Ideenrichtung, die völlig im Gegensatz zur jugoslawischen Entwicklung steht, wurde einst am konsequentesten von den troztkistischen Ideologen entwickelt. Es ist die Vorstellung einer hochzentralisierten, militärisch organisierten Naturalwirtschaft, in welcher der Markt nichts mehr zu suchen hat¹. Die andere Richtung hat die Bedeutung von Marktimpulsen und Marktkriterien auch in einer sozialistischen Wirtschaft erkannt. Sie wurde von Lenin mit dem Übergang zur Neuen Ökonomischen Politik (NEP) eingeläutet und von fähigen Ökonomen in den 20er Jahren zu einem theoretischen System einer Plan-Markt-Koppelung auch in einer voll sozialistischen Wirtschaft weiterentwickelt. Der bekannteste politische Vertreter dieser Ausrichtung war N. Bucharin.

Stalin, der zuerst die trotzkistische Ideologie bekämpfte, übernahm nach Beseitigung seines größten Widersachers, Trotzki, dessen Ablehnung eines Marktmechanismus für die sozialistische Wirtschaft, auch wenn er den Markt rein formell und ohne Wirkung auf die Produktion beibehielt. Die Auffassung, der Marktmechanismus sei ein rein kapitalistischer Mechanismus, wurde zum ideologischen Dogma erhoben. Stalin hat eine hierarchisch organisierte, auf Befehlsgewalt und Disziplin sich stützende Planung und Leitung der gesamten Produktion eingeführt. Dieses System, in welchem die Bedeutung einer eigenen Initiative der Betriebe in Richtung einer hocheffektiven, bedarfsgerechten und innovativen Produktion völlig unterschätzt wird und entscheidende Impulse für eine solche Produktionsentwicklung von den zentralen Planungs- und Leitungsorganen erwartet werden, existiert bis heute in der Sowjetunion.

In politischer Abhängigkeit von Stalins Regime und unter seinem Druck haben die kommunistischen Führungen in den neu entstandenen sozialistischen Ländern Europas nach den – von Stalin inspirierten – politischen Prozessen und Parteisäuberungen dieses sowjetische Wirtschaftssystem kritiklos übernommen. Nur die jugoslawische Parteiführung unter Tito konnte sich diesem stalinistischen Druck widersetzen und den Versuch unternehmen, ein anders geartetes, dezentralisiertes und auf Arbeiterselbstverwaltungen sich stützendes sozialistisches System aufbauen². In allen anderen sozialistischen Staaten wurde der dirigistische Planungsmechanismus, bei gleichzeitiger Beseitigung des Marktmechanismus, gemäß des sowjetischen Vorbildes entwickelt.

In den Anfangsjahren konnten die Vor- bzw. Nachteile beider Systeme nicht genügend erkannt werden. In beiden gelang es, eine schnelle Steigerung der Produktion zu erzielen, wobei die Versorgung der jugoslawischen Bevölkerung mit einem stärker diversifizierten Warenangebot besser als in den Ländern mit sowjetischem Planungssystem zu laufen schien. Dies wurde jedoch vor allem mit den relativ großen Kreditaufnahmen Jugoslawiens in westlichen Ländern erklärt. Da das schnelle Produktionswachstum in den Ländern mit sowjetischem Planungssystem als entscheidendes Kriterium angesehen wurde, waren die meisten Ökonomen dieser Länder zuerst einmal von den Vorzügen des eigenen Systems überzeugt.

Das sowjetische System konnte jedoch nur ein schnelles *extensives* Produktionswachstum absichern und begann in dem Augenblick zu versagen, in welchem ein *intensives* und hocheffektives Wachstum erforderlich wurde³. In einem sozialistischen Land nach dem anderen begann das Suchen nach Änderungen, mit welchen eine Effektivitätssteigerung gesichert werden sollte, wobei eben die Entwicklung der gegensätzlichen Grundauffassungen sowie die unterschiedlichen Kräfteverhältnisse zwischen Vertretern dieser oder jener Richtung die Änderung bestimmten.

Die einen setzten bzw. setzen weiterhin auf Verbesserungen der zentralen Planung und Leitung und erwarten von diesen entscheidende Impulse für Modernisierungen und Effektivitätssteigerungen. In Rich-

tung Basis versuchen sie es mit Disziplinierungsmaßnahmen, organisationellen und kadermäßigen Änderungen⁴. Für die anderen ist entscheidende Voraussetzung einer Effektivitätssteigerung die grundsätzliche Verhaltensänderung der Betriebe. Mit Hilfe einer Wiedereinführung von Marktpulsen und Marktwettbewerb soll das Interesse der Betriebe konsequenter in Richtung gesellschaftlicher Interessen gelenkt werden. Die Planung soll den Marktmechanismus nicht ersetzen, sondern volkswirtschaftliche Ziele und Rahmen setzen und mit Hilfe von wirtschaftspolitischen Instrumenten realisiert werden⁵. Nur Bestrebungen in dieser Richtung können als Reformbestrebungen bezeichnet werden, während die ersteren systemerhaltend wirken, das System nur ausbessern wollen und daher grundsätzliche Erfolge nicht erwarten können.

Leider reflektieren auch die Reformversuche in verschiedenen Ländern unterschiedliche Erkenntnisebenen und sind ebenfalls unterschiedlichem Einfluß und Bremswirkungen der zentralistischen, dogmatischen Kräfte ausgesetzt. Aus diesem Grund sind sie auch mit verschiedenen Inkonsequenzen behaftet und bringen sehr differente Ergebnisse.

Am meisten haben sich die Reformer in vielen sozialistischen Ländern, die sich für eine Wandlung des dirigistischen Planungssystems in Richtung eines sozialistisch-marktwirtschaftlichen Systems einsetzen, von der jugoslawischen Reformentwicklung erhofft. Auch ich selbst sah einst in dem Übergang der Jugoslawen von dem Plandirigismus und Etatismus zur sozialistischen, selbstverwalteten Marktwirtschaft eine Entwicklung, von der ich eine inspirierende Wirkung auf alle anderen sozialistischen Staaten erwartete. Leider ist diese Erwartung nicht in Erfüllung gegangen, da die jugoslawische Entwicklung neben bestimmten positiven auch allzuviel negative Resultate gebracht hat. Damit ist sie nicht zu jenem Vorbild geworden, das sich viele Reformer erhofft haben.

Dennoch kann dies nicht bedeuten, daß die theoretischen Vorstellungen eines demokratischen, sozialistischen marktwirtschaftlichen Systems falsch wären, bzw. daß die jugoslawische Entwicklung den Ideologen des dirigistischen Staatssozialismus Recht geben würde. Die meisten Fehler des jugoslawischen Wirtschaftssystems, in welchem ich die Ursachen der großen gegenwärtigen Wirtschaftsmängel sehe, könnten vermieden werden. Daher will ich folgend zu diesen Fehlern und ihren Folgen Stellung nehmen.

Die stalinistischen Dogmatiker, für welche nur das unter Stalins Herrschaft entstandene System mit dirigistischer Planung und Beseitigung des Marktmechanismus als sozialistisch gilt, freuen sich über die Wirtschaftsschwierigkeiten Jugoslawiens, die sie als typisch kapitalistische Schwierigkeiten verstehen und sehen in ihnen eine Bestätigung ihrer Ansicht, daß jede Rückkehr zu einer Verselbständigung und marktwirtschaftlichen Ausrichtung der Betriebe nur zu Arbeitslosigkeit, Inflation und außenwirtschaftlicher Abhängigkeit von kapitalisti-

schen Staaten führen muß. Sie ignorieren jedoch das Argument, daß die jugoslawischen Fehlentwicklungen in einer sozialistischen Marktwirtschaft vermeidbar sind, wenn man ihre Ursachen erkannt hat.

Die jugoslawischen Schwierigkeiten werden teils durch spezifische Fehler des jugoslawischen Systems und teils durch falsche Wirtschaftspolitik der Regierungsorgane vor allem der Republiken, hervorgerufen. Die ungenügende analytische Vorbereitung als auch alte ideologische Vorurteile bei Entstehung des jugoslawischen Systems haben zu schwerwiegenden Fehlern geführt, die später nicht mehr beseitigt werden konnten, weil erstens die entstandenen Systemzüge zu unantastbaren Dogmen erstarrten und zweitens sich spezifische, mit dem entstandenen System verbundene Machteliten ausbildeten, die eine jede Systemänderung zu verhindern suchten und suchen.

Als entscheidender, systeminhärenter Fehler ist eine solche Auffassung des Selbstverwaltungssystems zu sehen, bei welchem den Betrieben auch das Entscheidungsrecht über die Aufteilung ihrer Einkommen, auf betrieblich benützte Fonds (Investitionen, Reserven u. ä.) und auf Fonds, die unter die Mitarbeiter individuell verteilt werden, übergeben wurde. Die Betriebe sollen nicht nur die Pflicht haben, sondern auch ein Eigeninteresse an einer effektiven Nutzung der Produktionsmittel und Maximierung der Einkommen entwickeln, indem sie sich das erzielte Einkommen aus der Marktproduktion aneignen und darüber verfügen können. Das ideologisch begründete Recht („das Produktionskollektiv als Einkommenschöpfer habe auch über die Einkommensbenützung zu entscheiden“)⁶, ignoriert erstens die Stärke kurzfristiger Einkommens- und Konsumtionsinteressen von Mitarbeitern kollektiver Betriebe und übersieht zweitens den Zusammenhang zwischen der Einkommensverteilung in einzelnen Betrieben und der Produktionsentwicklung in der ganzen Volkswirtschaft.

Die Regierungen können den Betrieben weder Produktions- bzw. Investitionsaufgaben noch bestimmte Einkommensverteilungen bzw. -verwendungen aufzwingen.

Außerbetriebliche Organe, die kommunalen Behörden, der Kontrolldienst SDK, die Partei u. ä. können zwar bestimmte Entwicklungen empfehlen, die Selbstverwaltungsorganisationen sind jedoch allein verantwortlich für die Produktions- und Verteilungsentscheidungen. Auch sogenannte Absprachen zwischen Unternehmen des gleichen Wirtschaftszweiges bzw. der gleichen Region über Lohnentwicklungen, sowie gewerkschaftliche Einwirkungen können sehr unterschiedliche Einkommensaufteilungen in einzelnen Betrieben nicht beseitigen. Das heißt, daß letztendlich die Selbstverwaltungsorganisationen darüber entscheiden, wieviel sie aus ihren Nettoeinkommen (nach Abzug von Steuern und anderen Abgaben) für kollektive Zwecke (Investitionen, Rücklagen, gemeinschaftlichen Verbrauch) und wieviel für individuelle Arbeitsentlohnungen einsetzen⁷.

Bevor die Folgen dieses ersten Fehlers gezeigt werden, soll noch ein zweiter, mit dem ersten zusammenhängender Fehler, erwähnt werden. Ebenfalls aus ideologischen Gründen wurde der Unterschied zwischen

dem Lohn und dem Gewinn innerhalb der Betriebe beseitigt („in der sozialistischen Wirtschaft Jugoslawiens gäbe es keinen Verkauf von Arbeitskräften und daher könne es auch keinen Lohn und Gewinn mehr geben“)⁸. Dies bedeutet jedoch, daß die spezifische Lohnfunktion zum Unterschied von der spezifischen Gewinnfunktion in einer Marktwirtschaft völlig übersehen wird.

Der Lohn bzw. die Lohndifferenzen (relative Löhne) zwischen verschiedenen Berufen und Arbeitstätigkeiten wirken entscheidend auf die Ergreifung dieses oder jenes Berufes durch die Individuen bzw. auf ihren Entschluß, sich dieser oder jener Arbeitstätigkeit zu widmen. Die Menschen vergleichen ganz spontan verschiedene Anforderungen, die eine Arbeitstätigkeit von ihnen verlangt, die erwartete physische und geistige Anstrengung, die Qualifikationsanforderungen, die Verantwortungsbelastung, die gesundheitlichen Arbeitsbedingungen usw. und vergleichen diese mit der erwarteten Entlohnung für die Arbeit, mit der Arbeitsbefriedigung, mit dem Berufsstatus usw. Wenn die existierenden Lohndifferenzen und Lohnentwicklungen nicht den Arbeitsbewertungen durch große Menschenmengen entsprechen bzw. für gleiche Arbeitstätigkeiten in unterschiedlichen Unternehmen und Branchen sogar wesentlich unterschiedliche Individualeinkommen einbringen, wie dies in Jugoslawien der Fall ist (für die gleiche Arbeit Einkommensunterschiede von 1:5 bis oft sogar 1:8, 1:9 und 1:10)⁹, so muß dies die Arbeitsmotivationsfunktion des Lohnes völlig untergraben und große Unzufriedenheit bei den arbeitenden Menschen hervorrufen.

Ein Lastwagenchauffeur, der für die gleiche Arbeit in seinem Betrieb z. B. nur ein Fünftel des Lohnes bekommt, den sein Kollege im Betrieb nebenan für die gleiche Arbeit erhält, wird nicht nur äußerst unzufrieden sein, sondern energisch auch um Lohnsteigerungen kämpfen. Mitarbeiter von weniger effektiven Betrieben werden im Hinblick auf die wesentlich höheren Entlohnungen für gleiche Arbeitstätigkeiten in effektiveren Betrieben einen starken Druck auf ihre Betriebsleitung und Arbeiterselbstverwaltung um Lohnanpassungen ausüben. Diesem Druck können diese selten standhalten, und so kommt es zu starken Lohnsteigerungen, die nicht der realen Produktivitätsentwicklung entsprechen und inflationsfördernd wirken.

Statt einer horizontal ausgleichenden Lohnpolitik nach dem Prinzip „für gleiche Arbeit gleichen Lohn“, mit klar davon abgesonderten Gewinnbeteiligungen der Mitarbeiter einzelner Betriebe, hat man also ein fehlerhaftes Prinzip der individuellen Beteiligung an den Bruttoeinnahmen der Betriebe geschaffen. In der Gewinnentwicklung drückt sich – zum Unterschied von individueller Arbeitsleistung – die Produktionseffektivität eines ganzen Produktionskollektives aus (die Marktausrichtung der Produktion, die Wirtschaftlichkeit der Faktorenausnutzung, die Flexibilität, Innovation und Qualität der Produktion etc.). Die kollektive Marktleistung eines Unternehmens ist nicht das gleiche wie die Summe individueller Arbeitsleistungen. Eine klar erfaßte Gewinnentwicklung ermöglicht nicht nur eine relativ verlässliche Effektivitätsmessung und Effektivitätsvergleiche unterschiedlicher Betriebe, son-

dern hilft auch, monopolistische, leistungsnichtgerechte Gewinnentwicklungen zu erkennen und konsequentere Maßnahmen gegen diese zu ergreifen. Eine Gewinnbeteiligung der Mitarbeiter würde dann das Interesse an der Effektivitätsentwicklung der Betriebe hervorrufen, ohne die Lohnentwicklungen im ganzen Land durcheinanderzubringen.

Natürlich müssen sich die Lohndifferenzen auch ändern gemäß sich ändernder Verhältnisse zwischen Angebot und Nachfrage bei dieser oder jener Berufskategorie bzw. Arbeitstätigkeit. Deshalb sollte auch in einer sozialistischen Wirtschaft ein Lohnkatalog flexibel (z. B. jährlich) geändert werden und auf sich ändernde Berufsergreifungen und Arbeitsangebote im Verhältnis zu ihrem Bedarf in der Wirtschaft reagieren. Dies bedeutet jedoch nicht, daß für ein und dieselbe Arbeit in unterschiedlichen Unternehmen bzw. Branchen auch so große Unterschiede in der Entlohnung wie in Jugoslawien existieren sollten – soweit man unnötigen inflationsfördernden Druck auf Lohnsteigerungen ausweichen will.

Unterschiede in der Entlohnung von Mitarbeitern unterschiedlicher Unternehmen und Branchen sollten in der Form von Gewinnbeteiligungen existieren. In einer sozialistischen Marktwirtschaft könnte eben klarer unterschieden werden zwischen dem Lohn (nach dem Gerechtigkeitsprinzip „für gleiche Arbeit gleichen Lohn“) und der Gewinnbeteiligung der Mitarbeiter (nach dem Effektivitätsprinzip „für höhere Marktleistung des Betriebskollektives höhere Entlohnung für alle Beteiligten“). Diese Gewinnbeteiligung dürfte jedoch nicht einfach in der individuellen Entlohnung aufgehen, wie derzeit in Jugoslawien, sondern sollte klar getrennt die differentiellen und öfter schwankenden Gewinnentwicklungen der Unternehmen und Branchen wiedergeben. Die horizontale Ausgleichswirkung des Lohnes sowie die differenzierende Wirkung der Gewinnbeteiligung würde bestimmt von den arbeitenden Menschen – weil klar begründet – als gerecht empfunden werden, was meines Erachtens noch von vielen Ökonomen unterschätzt wird¹⁰.

Ein dritter großer Fehler besteht schließlich darin, daß im Zuge von fortschreitenden Dezentralisierungen ein einheitliches Kreditsystem für das ganze Land praktisch aufgelöst wurde. Es wurden verschiedene Geschäfts-, Wirtschafts- und Kommunalbanken gegründet, die weitgehende Rechte in der Vergabe von kurzfristigen Betriebs- als auch Investitionskrediten hatten. Besonders die Geschäftsbanken, die von den Gebietskörperschaften und/oder Betrieben gegründet wurden¹¹ und von den Gründern auch verwaltet werden, sind in ihrer Tätigkeit von diesen Gründern entscheidend abhängig. Obzwar die zentrale Nationalbank Vorschriften für die Kreditvergabe ausgab, konnte sie eine inflationäre Kreditentwicklung nicht verhindern¹². Die Bedeutung einer volkswirtschaftlich streng gesteuerten Geldmengenpolitik wurde völlig unterschätzt.

Neben diesen drei grundlegenden Fehlern des Wirtschaftssystems muß noch ein Entwicklungsfehler in der Sphäre der Politik bzw. Wirtschaftspolitik aufgezeigt werden. Man muß feststellen, daß in

Jugoslawien die angestrebte Einschränkung der Wirtschaftsreglementierung durch den Staat, gemäß des ideologisch begründeten Abganges vom „Etatismus“ sowjetischer Provenienz zwar zu einer Schwächung der Wirtschaftsmacht der Bundesorgane führte, aber gleichzeitig die wirtschaftspolitische Macht der staatlichen Organe und Bürokratie der einzelnen Republiken und Provinzen stark gefördert hat. Die fortschreitenden Dezentralisierungen haben einen Etatismus neuer Art hervorgerufen, der das Selbstverwaltungssystem nicht gestärkt, sondern geschwächt hat¹³. Die wichtigsten wirtschaftspolitischen Entscheidungen (Steuerentwicklung, Auslandsverschuldungen, Devisenbewirtschaftung u. ä.) sind in starkem Ausmaß auf die Republikregierungen übergegangen, was verheerende Folgen für die jugoslawische Wirtschaft hatte. Diese sollen kurz zusammenfassend gezeigt werden.

In einem Wirtschaftssystem, in welchem der Gegensatz zwischen Lohninteressen der Arbeitnehmer und Gewinninteressen der Kapitaleigentümer fehlt, kann die Entscheidung über die Aufteilung der Betriebseinkommen nicht in die Hände der kollektiven Betriebsorgane gelegt werden. Schon in einem kapitalistisch-marktwirtschaftlichen System zeigen sich sehr oft die unmittelbaren gewerkschaftlich vertretenen Lohninteressen so stark, daß die Lohnsteigerungen ein volkswirtschaftlich erträgliches Maß übersteigen und zu Krisenentwicklungen führen. Um vieles stärker hat sich das unmittelbare Interesse an den individuellen Einkommen in Jugoslawien, wo die entgegengesetzten Gewinninteressen einer besonderen sozialen Gruppe fehlen, erwiesen. In fast allen Betrieben haben die individuellen Einkommensfonds das volkswirtschaftlich vertretbare Maß überschritten, was auch durch politische Maßhaltetaufforderungen nicht verhindert werden konnte. Da dies aber nicht auf Kosten der erforderlichen Investitionen gehen darf, werden die Investitionsmittel in den Betrieben auf folgende Art inflationär beschafft:

1. Mit Hilfe von zielbewußten Preissteigerungen werden Einkommen gebildet, die sowohl überhöhte Individualeinkommen als auch erforderliche Investitionsmittel zustande kommen lassen;
2. Bei eventuell noch immer fehlenden Investitionsmitteln werden diese auf leichte Weise durch Kredite aus betriebsabhängigen Banken beschafft.

Diese Methoden führen zu einer galoppierenden Inflation, die zur Zeit an die 80 Prozent¹⁴ und in manchen Jahren noch weitaus mehr ausmachte. Die inflationären Preissteigerungen sollten zwar mit Hilfe von Preiseinfrierungen bzw. einzelner Preisreglementierungen durch Bund und Republikorgane gebremst werden. Jedoch all diese – marktnichtkonformen – Maßnahmen können den Preisanstieg nicht verhindern, da bei einer stark monopolisierten Produktion, möglichen Preisabsprachen zwischen Produzenten und Abnehmern, bei der Existenz von Hunderttausenden von Güterarten und dem beständigen Nachfrageüberhang, ein Preisauftrieb nicht aufgehalten werden kann¹⁵. Abgese-

hen davon, verzerren alle administrativ fixierten Preise die Knappheitsrelationen und untergraben den Marktmechanismus.

Die einst richtig angestrebte positive Wirkung des Marktmechanismus wird durch unzählige marktnichtkonforme und wettbewerbsbeschränkende Eingriffe vor allem der Republikorgane liquidiert. Die erwähnten monopolistischen Entwicklungen, bei nicht erkennbaren monopolistischen Einkommenssteigerungen, werden noch ungemein durch wirtschaftspolitische Praktiken der Republikorgane verstärkt. Sie versuchen die Ausfuhr knapper Güter in andere Republiken Jugoslawiens abzubremsen, während sie die Zufuhr von Konkurrenzgütern aus anderen Republiken auf den eigenen Markt zu verhindern trachten, um den Absatz und die Beschäftigung eigener Betriebe zu schützen. Solche protektionistischen Maßnahmen innerhalb eines Landes¹⁶ verringern natürlich den Wettbewerb und stärken die negative, effektivitätseinschränkende monopolistische Entwicklung.

Zu den gleichen Praktiken der Republikorgane, die das Leistungs- und Effektivitätsinteresse der Betriebe untergraben, gehört die Subventionstätigkeit bzw. Steuernachlässe. Wenig leistungsfähige und zurückbleibende Betriebe, die in rote Zahlen kommen, erhalten Steuernachlässe, Subventionen, werden saniert und lange nicht fallengelassen. Diese für selbstverständlich angesehene Praxis, bei welcher mit gemeinschaftlichen Mitteln die Trägheit und Lässigkeit einzelner Betriebe sanktioniert wird, wirkt natürlich verheerend auf den Wettbewerb.

Eine solche Abschwächung des Marktdruckes und der Marktmotivation auf die Betriebe wirkt sich am negativsten auf den technischen Fortschritt und die Produktinnovation aus. Wo die Betriebe Einkommenssteigerungen gesichert haben, ohne sich technisch und qualitativ besonders anstrengen zu müssen, dort bleibt auch diese Leistungsentwicklung immer mehr zurück. Ohne technischen Fortschritt gibt es aber auch keine Produktivitätssteigerung, keine genügende Beschäftigungserweiterung, keinen Anstieg, ja Senkungen der Reallöhne¹⁸ und daher kein Wachstum des Lebensstandards der Bevölkerung. Die Kapitalproduktivität (Verhältnis von Sozialprodukt zu den Anlagevermögen) ist von 1955 (0,63) bis 1982 (0,43) ständig gesunken¹⁹. In dieser Hinsicht kommt die jugoslawische Produktion in immer größere Nähe der ineffektiven und verlustreichen Produktion des sowjetischen Planungssystems. Auch die Konkurrenzfähigkeit der jugoslawischen Güter auf den westlichen Auslandsmärkten läßt nach, und der Abbau westlicher Verschuldung von 20 Milliarden Dollar sowie der immensen Schuldenlast (die 40 Prozent der Deviseneinnahmen verschlingt) wird immer schwieriger²⁰.

Als letztes muß schließlich noch die negative Einstellung der politischen Organe zu einer privaten Unternehmertätigkeit erwähnt werden, die ebenfalls nur ideologischen Motiven entspringt. Existierende private Unternehmen dürfen nicht mehr als 5 Angestellte beschäftigen, und eine Ausweitung des privaten Sektors versuchte man bis vor kurzem mit allen Mitteln zu verhindern. Damit beraubte man sich

natürlich nicht nur der privaten Initiative und möglicher Verbesserungen in der Versorgung der Bevölkerung, sondern ebenfalls der Schaffung neuer Arbeitsplätze für Tausende von arbeitslosen Jugoslawen (zur Zeit wird mit einer Arbeitslosenzahl gerechnet, die 17–20 Prozent der Beschäftigten beträgt)²¹. In der Gegenwart beginnt sich in einigen Teilrepubliken eine neue Einstellung zu privaten Unternehmen und eine Unterstützung ihrer Gründungen durchzusetzen.

Man kann also zusammenfassend sagen, daß die Fehler und Mängel des jugoslawischen Systems nicht als Argument gegen den Versuch einer marktmäßigen Reform des dirigistischen Planungssystems sowjetischer Prägung benutzt werden können. Im Gegenteil, die meisten hier institutionalisierten Fehler sind Ausdruck einer ungenügenden Überwindung des alten dogmatischen marxistischen Denkens sowie eines zu halbherzigen Versuchs, den Marktmechanismus zugunsten einer effektiven sozialistischen Entwicklung auszunützen.

Um die schwerwiegendsten Mängel des jugoslawischen Systems zu überwinden, benötigt es daher auf der einen Seite einer Zentralisierung wichtiger wirtschaftspolitischer Entscheidungen, um die Förderung eines einheitlichen jugoslawischen Marktes zu ermöglichen. Hierher gehört nicht nur die Vereinheitlichung der Geldmengen- und Kreditpolitik, der Devisenbewirtschaftung (in dieser Hinsicht wurde bereits einiges unternommen) und der Steuerpolitik, sondern vor allem auch eine einheitliche Einkommensverteilungspolitik (planmäßige Lohnregulierung, Gewinnbeteiligungsregeln u. ä.).

Gleichzeitig sollten auf der anderen Seite alle Praktiken beseitigt werden, die den Marktwettbewerb einschränken und monopolistische Entwicklungen unterstützen (Beseitigung inländischer Protektionspolitiken, zielbewußte antimonopolistische Maßnahmen und Wettbewerbsförderungen, starke Einschränkung der Subventionstätigkeit usw.). Nur so könnte Jugoslawien die Effektivität seiner Wirtschaft erhöhen und dazu beitragen, die Lebensfähigkeit und Vorteile einer sozialistischen Marktwirtschaft gegenüber einem dirigistischen Planungssystem zu beweisen.

Eine Rückkehr zur dirigistischen Planung sowjetischer Prägung würde die Effektivitätsverluste nur noch vergrößern, da sich die Informationsgewinnung und das Effektivitätsinteresse in den Betrieben verschlechtern würden. Die erforderliche Stärkung der zentralen Wirtschaftspolitik auf Bundesebene hat nichts zu tun mit einer zentralen Produktionsplanung. Sie soll vor allem mit Hilfe einer Geld-, Kredit- und Einkommenspolitik die Überwindung der Inflation und eine gleichgewichtige Entwicklung der Konsumtion mit arbeitsschaffenden Investitionen absichern. Gleichzeitig muß jedoch die Stärkung des Marktmechanismus (Marktpreise, Wettbewerb und Gewinnmotivation) das Effektivitätsinteresse in den Betrieben steigern.

Sollten die jugoslawischen Politiker nicht imstande sein, ihre engstrukturierten Machtinteressen zu überwinden und sich für tiefgreifende und konsequente Reformentwicklungen in Richtung Marktvereinheitlichung und Stärkung der zentralen Wirtschaftspolitik entschlie-

ßen zu können, wird dies nicht nur in Jugoslawien, sondern auch in anderen sozialistischen Ländern den Rezentralisierungsbemühungen der stalinistischen Dogmatiker Auftrieb geben. Man kann nur hoffen, daß sich die weitblickenderen und tieferdenkenden politischen Kräfte in Jugoslawien durchzusetzen vermögen. Fraglich ist allerdings, ob dies in Bedingungen eines politischen Einparteiensystems möglich ist.

Anmerkungen

- 1 Siehe mehr darüber in O. Šik, *Das kommunistische Machtsystem*, Hamburg 1976, S. 53 ff.
- 2 Vgl. P. Dobias, *Das jugoslawische Wirtschaftssystem, Entwicklung und Wirkungsweise*, Tübingen 1969, S. 7 ff.
- 3 Siehe mehr darüber in O. Šik, *Das kommunistische Machtsystem*, S. 224 ff und G. Kosta, *Wirtschaftssysteme des realen Sozialismus*, Köln 1984, S. 136 ff.
- 4 Vgl. H. H. Höhmann, *Konservative sowjetische Reformpolitik, Zur Revision des Programms der KPdSU*, NZZ 13. November 1985, S. 23 und derselbe, *Sozialistische Wirtschaftsplanung, Grundlagen, Probleme, Reformperspektiven*, Bundesinstitut f. ostwissenschaftliche und internationale Studien 45/85 und G. Kosta, *Aufgelockerter Planzentrismus – Erfolge blieben aus*, in Osteuropa, Sonderdruck 1985
- 5 T. Bauer, *The Hungarian Alternative to Soviet-Type Planning*, in *Journal of comparative economics*, 7/83 und G. Biro, *Ungarns Wirtschaftspolitik im Zeichen der Reform*, in *Osteuropa-Wirtschaft*, 3/84
- 6 Vgl. G. Leman, *Das jugoslawische Modell*, Frankfurt-Köln 1976, S. 155 ff.
- 7 M. Drulovic, *Arbeiterselbstverwaltung auf dem Prüfstand – Erfahrungen in Jugoslawien*, Berlin-Bonn-Bad Godesberg 1976, S. 94 ff.
- 8 Vgl. ebd. G. Leman, S. 156
- 9 Vgl. K. H. Vasilev, *The realization of the constitutional status of workers in decision-making and disposing with the income and resources of social reproduction*, in *Socialist thought and practice*, Belgrad 11/1985, S. 5
- 10 Vgl. B. Horvat, *The Pricing of Factors of Production*, in *Selfgoverning Socialism*, Vol. 2, New York 1975, S. 294 ff.
- 11 Vgl. M. Drulovic ebd. S. 97 und P. Dobias, *Das jugoslawische Wirtschaftssystem, Entwicklung und Wirkungsweise*, Tübingen 1969, S. 118 ff.
- 12 Vgl. R. Dietz et al., *Die Wirtschaft der RGW-Länder und Jugoslawiens an der Jahreswende 1983/84*, Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche, Nr. 72/1984, S. 263
- 13 Vgl. H. Ch. Iversen, *Die jugoslawische Wirtschaftskrise: Merkmale, Ursachen und wirtschaftspolitische Reaktionen*, in *Berichte d. Bundesinstituts f. ostwissenschaftliche und internationale Studien*, Bonn 19/84, S. 13 f.
- 14 Vgl. R. St. Jugoslawien am Ende eines weiteren Krisenjahres – Andauernde Wirtschaftsmisere, NZZ, Zürich, 24. Dezember 1985, S. 15
- 15 Vgl. H. Ch. Iversen, ebd. S. 15 u. S. 24
- 16 Vgl. R. St., NZZ 24. Dezember 1985 und H. Ch. Iversen, ebd. S. 15
- 17 Vgl. H. Ch. Iversen, ebd. S. 51
- 18 Vgl. H. Ch. Iversen, ebd. S. 3
- 19 Vgl. H. Ch. Iversen, ebd. S. 11
- 20 Vgl. A. Kohlschütter, *Titos kühnes Modell ruht unter dem Marmorklotz*, Weltwoche, Zürich 16. Jänner 1986
- 21 Vgl. A. Kohlschütter, ebd.